

Medienmitteilung vom 25. März 2021

Parteiversammlung der FDP.Die Liberalen Kanton Zug

FDP Kanton Zug nominiert Aldo Staub zur Wahl als Oberrichter

Die FDP des Kantons Zug hat an der virtuellen Parteiversammlung vom Montag Dr. Aldo Staub zur Wahl ans Zuger Obergericht nominiert. Aldo Staub soll den Sitz von Oberrichterin Andrea Hager Celdrán übernehmen. Die Volkswahl findet am 13. Juni 2021 statt.

Andrea Hager Celdrán hat aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt auf Ende März 2021 erklärt. Ihre Nachfolge wird am 13. Juni 2021 vom Volk gewählt, dabei ist der Sitzanspruch der FDP auf eine der hauptamtlichen Richter-Stellen am Zuger Obergericht von den anderen Parteien grundsätzlich unbestritten. Die FDP setzte zur Suche nach einem Kandidaten eine Findungskommission ein, die die eingehenden Bewerbungen prüfte und nach verschiedenen Hearings der Geschäftsleitung zu Handen der Parteiversammlung Aldo Staub für die Besetzung der Richterstelle am Obergericht vorschlug. Aldo Staub wurde am Donnerstag von der Parteibasis einstimmig nominiert.

Der in Zug wohnhafte promovierte Jurist Aldo Staub ist seit 2017 Zuger FDP-Kantonsrichter der 1. Abteilung. Davor war er Gerichtsschreiber am Kantonsgericht sowie Rechtsanwalt. Die FDP.Die Liberalen Kanton Zug ist überzeugt, dass Aldo Staub mit seiner kollegialen Art und seiner strukturierten Arbeitsweise einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Abläufe des Obergerichts leisten wird.

An der Parteiversammlung vom Donnerstag stellte die Geschäftsleitung der Parteibasis zudem die Organisation für die Wahlen 2022/2023 vor. Als Wahlstableiter amtiert erneut Jürg Portmann, der in der Leitung des Wahlkampfteams von Michael Brunner unterstützt wird. Das Wahlkampfteam wird sich in den nächsten Wochen formieren und danach zusammen mit der Geschäftsleitung die Wahlstrategie erstellen.

Die St.Galler Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, stellte den Zuger FDP-Mitglieder an der Parteiversammlung die von den FDP Frauen lancierte Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung vor. Die Individualbesteuerung brauche es, weil Sie für mehr Steuergerechtigkeit sorgt, die Heiratsstrafe beseitigt, die Gleichstellung vorantreibt und Chancengleichheit schafft. Anfang März startete die Unterschriftensammlung. Im letzten Traktandum der Parteiversammlung blickte Ständerat Matthias Michel in seinem Jahresbericht auf sein erstes Jahr als Ständesvertreter in Bern zurück.

Kontakte für Medienanfragen:

Carina Brüngger, Präsidentin, 079 746 67 37

Aldo Staub, Kantonsrichter, 041 728 52 00